

**Vortrag von Sofia Maria Satanakis<sup>1</sup>**  
**im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung**  
**„Die Europäische Union im Dauerkrisenmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in**  
**einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses**  
**Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien zum Thema:**  
**„Griechenland im Zentrum der europäischen Krisenherde:**  
**Eine aktuelle Bestandsaufnahme“**

**Redemanuskript:**

**I. Einleitung und Zielsetzung**

Ein Mitgliedstaat mit dem die Europäische Union (EU) voraussichtlich noch über eine längere Zeitspanne hinweg konfrontiert sein wird, welcher allerdings in den Jahren 2016 und 2017 stark in den Hintergrund gerückt wurde, ist Griechenland. In Griechenland kumulieren nämlich die derzeit großen Krisen Europas: Seit dem Jahr 2015 kämpft das Land mit außerordentlich hohen Flüchtlingszahlen. Täglich erreichten unzählige Flüchtlinge von der Türkei aus die griechischen Inseln und damit auch die EU. Hinzu kommt das noch immer ungelöste Schuldenproblem des Landes. Durch den beschlossenen EU-Austritt Großbritanniens (sog. Brexit) am 23. Juni 2016 als erster Mitgliedstaat in der inzwischen 60-jährigen Bestehensgeschichte der Union sowie den aufsehenerregenden nationalen Wahlergebnissen im Jahr 2017 in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich hat es den Anschein, als ob sich nun ein kleines historisches Zeitfenster aufgetan hätte, welches die Europäer nutzen könnten und sollten, um eine dringend notwendige Neudefinition des europäischen Projektes vorzunehmen. Ein wichtiger Aspekt hierbei sollte auch das „Sorgenkind Griechenland“ sein.

Im Hinblick auf die zu analysierende Thematik gilt es nun, folgende zwei Fragen genauer in den Blick zu nehmen: Wie stellt sich nach knapp acht Jahren ununterbrochener „griechischer Depression“ die aktuelle Lage in Griechenland dar, und was hat sich in den Beziehungen zur EU, der das Land seit 1981 als Mitglied angehört, und vor allem zu den zwei zentralen EU-Akteuren Deutschland und Frankreich zwischenzeitlich geändert?

---

<sup>1</sup> B.A., M.E.S., Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) in Wien sowie Mitglied des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS) in der Funktion als Sprecherin der Forschungsgruppe „Europa/EU“.

## II. Die „Griechenland-Krise“

Griechenlands Weg aus der Krise hat sich bislang als ein langwieriger und steiniger erwiesen. Im Jahr 2017 betrug die Staatsverschuldung des Landes geschätzt rund 326,4 Milliarden Euro.<sup>2</sup> Der schnell entstandene Wohlstand im „kleinen“ Griechenland zu Beginn des neuen Jahrhunderts – mit einem Euro-Beitritt im Jahr 2001 – war letztendlich eine Illusion, kreditfinanziert und hauptsächlich auf Importe und privaten Konsum ausgerichtet. Nur wenige Jahre danach wurden bereits erhebliche strukturelle Defizite in der Wirtschaft des Landes sichtbar. Hohe Verwaltungskosten bei zugleich unverhältnismäßig niedrigen Steuereinnahmen führten zu einer enormen Auslandsverschuldung, die allerdings erst im Jahr 2009 im Zuge der globalen Wirtschaftskrise öffentlich wurde. Die folgende Staatsschuldenkrise ließ in relativ kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit in Griechenland extrem ansteigen, während der Binnenmarkt zusammenbrach. Ein Ergebnis der danach eingeführten Austeritätspolitik war die Radikalisierung bzw. die Umorientierung der griechischen Gesellschaft, wobei traditionelle Werte und jahrzehntelang etablierte Lebensmuster plötzlich infrage gestellt wurden.<sup>3</sup>

Griechenland hat seit dem Jahr 2009 mehr als ein Viertel seiner Wirtschaftskraft verloren. Ein prägnantes Beispiel zur besseren Veranschaulichung der Gesamtsituation ist u. a. die sogenannte Teilzeitbeschäftigung, welche vor der Krise ein eher unbekannter Begriff und hauptsächlich unter Studierenden verbreitet war. Laut einer Statistik der staatlichen Rentenkasse EFKA (= „Einheitlicher Träger für Sozialversicherung“) arbeitet jedoch inzwischen fast jeder dritte griechische Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Teilzeit<sup>4</sup>. Mit einer Quote von 20,5 Prozent (Stand: September 2017)<sup>5</sup> ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland weiterhin so hoch wie in keinem anderen Euroland. Dasselbe gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, welche im November 2017 immer noch bei besorgniserregenden 39,5 Prozent lag<sup>6</sup>. Der internationale Druck, vor allem gegen Steuersünder vorzugehen, ist weiterhin groß; jedoch gilt im sogenannten Land der Hellenen die Steuerhinterziehung immer noch als eine Art Volkssport und ist tendenziell um einiges höher als in anderen EU-Ländern. Das Athener Forschungsinstitut diaNEOsis schätzt, dass jährlich Steuern in Höhe von sechs bis neun Prozent

---

<sup>2</sup> Vgl. Statista, Griechenland: Staatsverschuldung von 2007 bis 2017 (in Milliarden Euro), abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/> (letzter Zugriff: 08.01.2018).

<sup>3</sup> Vgl. Agridopoulos, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hrsg.), Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, Wiesbaden 2016, S. 3.

<sup>4</sup> EFKA, abrufbar unter: [http://www.efka.gov.gr/\\_stats/stat\\_report\\_results.cfm](http://www.efka.gov.gr/_stats/stat_report_results.cfm) (letzter Zugriff: 01.11.2017).

<sup>5</sup> Vgl. griechische Statistikbehörde ELSTAT, abrufbar unter: <http://www.statistics.gr/> (letzter Zugriff: 01.11.2017).

<sup>6</sup> Vgl. Statista, Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im November 2017, abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (letzter Zugriff: 08.01.2018).

der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes hinterzogen werden.<sup>7</sup> Zwar hat Griechenland in den vergangenen Jahren mehrere Reformen in diesem Bereich verabschiedet, doch bislang reichte dies nicht aus, um dem Problem Herr zu werden.

Allmählich zeigt das wirtschaftliche Klima in Griechenland jedoch erste Anzeichen einer lang herbeigesehnten Erholung – und die massiven Sparanstrengungen des Landes scheinen endlich Früchte zu tragen: Nach knapp acht Jahren der Dauerkrise stellte die EU nun das Defizitverfahren gegen Athen ein. Nach etlichen Reformen, Sparanstrengungen, Renten- und Arbeitsmarktreformen, die von den Euro-Partnern im Gegenzug für bislang drei Rettungsprogramme verlangt wurden, kam das Land im vergangenen Jahr auf einen Haushaltsüberschuss von 0,7 Prozent. Die Regierung in Athen erwartet für das Jahr 2017 einen Primärüberschuss von 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP); das mit den Gläubigerstaaten ausgehandelte Ziel liegt bei 1,75 Prozent. Die Erholung Griechenlands bleibt jedoch weiterhin äußerst fragil, denn gemessen am guten Geschäft, von dem in der Zwischenzeit überall die Rede ist, fallen die erhofften Steuererlöse nach wie vor eher ernüchternd aus. Für Branchenkenner ist dies ein klares Anzeichen dafür, dass weiterhin munter Steuern hinterzogen werden. Des Weiteren hat Griechenland eine ausgesprochen bürokratische Struktur, die es nicht leicht macht, ein Unternehmen zu gründen und es noch viel schwerer macht, ein Unternehmen zu schließen. All diese Beispiele sind nur ein kleiner Teil der strukturellen Bedingungen, die bereits in naher Zukunft verändert werden müssten.

Trotz einer Fokussierung hauptsächlich auf die andauernde Krise Griechenlands wäre dieser Vortrag unvollständig, wenn er nicht auch die blühende Tourismusbranche inkludieren würde, da der Tourismus ein wesentlicher Bestandteil der Identität des Landes ist und in der Zwischenzeit jeder vierte Grieche direkt oder indirekt am Tourismusgeschäft verdient.<sup>8</sup> Dies hat mehrere Gründe: Im vormals sehr beliebten Nachbarland, der Türkei, führt momentan die autokratische Haltung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu einer nicht zu unterschätzenden Reduzierung der Touristenzahlen – und nordafrikanische Länder wie Ägypten oder Tunesien werden immer noch als zu unsicher eingestuft. Genau davon profitiert allerdings Griechenland. Es mag zwar ein relativ armes EU-Land sein, aber als „gefährlich“ ist es bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Laut Angaben des griechischen Tourismusministeriums sind im Jahr 2015 etwa 20.000 Chinesen nach Griechenland gereist; im Jahr 2017 könnten es sogar mehr als 200.000 werden. Seitdem sich chinesische Großinvestoren in Griechenland „eingekauft haben“,

---

<sup>7</sup> Vgl. Georgakopoulos, Thodoris, Tax Evasion in Greece – A Study, Juni 2016, diaNEOsis Research and Policy Institute, abrufbar unter: <https://www.dianeosis.org/en/2016/06/tax-evasion-in-greece/> (letzter Zugriff: 03.11.2017).

<sup>8</sup> Vgl. Statista, Statistiken zum Urlaubsland Griechenland, abrufbar unter <https://de.statista.com/themen/2017/urlaubsland-griechenland/> (letzter Zugriff: 03.11.2017).

treibt die Regierung in Athen die Zusammenarbeit auch im Tourismusbereich voran – bis hin zu Direktflügen in die griechische Hauptstadt. Chinas aktuelle Investitionen in Griechenland sind sicherlich nicht zu unterschätzen: Die Volksrepublik baut bekanntlich einen neuen Handelskorridor – eine moderne Seidenstraße nach Europa – und im Rahmen dessen erwarb die Reederei COSCO, welche zu den Giganten der Containerschiffahrt zählt, im Jahr 2016 für 280 Millionen Euro mit 51 Prozent die Anteilsmehrheit am gesamten Hafen von Piräus. Von dort aus führen Bahnverbindungen über den Balkan nach Mittel- und Osteuropa. Weitere Prozente sollen in den nächsten Jahren noch hinzukommen und somit ist der Hafen, zumindest bis zum Jahr 2052, in chinesischer Hand.

Gemäß den Vorhersagen der Europäischen Kommission wird Griechenland 2017/2018 unter der EU-Vorgabe von maximal 3 Prozent Defizit bleiben. Das dritte Rettungspaket bzw. Reformprogramm für Griechenland (mit einem Gesamtvolumen von 86 Milliarden Euro) läuft noch bis August 2018. Es beruht, wie auch seine Vorgänger, auf dem Prinzip, dass Griechenland Kredite aus Mitteln des Euro-Krisenfonds (ESM) erhält, sobald das Land die mit den Kreditgebern über die Programmlaufzeit von drei Jahren vereinbarten Reformen umgesetzt hat. Die Einstellung und das Vertrauen der griechischen Bevölkerung gegenüber der EU und ihren Institutionen sind auch weiterhin ambivalent – mit einer Tendenz zu einer immer weiter sinkenden Zustimmung, vor allem für die weitere Mitgliedschaft des Landes in der Eurozone. Der ehemalige griechische Finanzminister George Papaconstantinou (Regierung Papandreou) schildert in seinem im Jahr 2016 erschienenen Buch *Game Over: The Inside Story of the Greek Crisis* die Eurokrise treffend als Weckruf an ganz Europa, eine seiner größten Errungenschaften zu verteidigen und seine Konstruktionsfehler zu korrigieren.<sup>9</sup> Gänzlich unumstritten ist jedoch allein die Tatsache, dass die Eurozone durch die griechische Krise nicht mehr das ist, was sie bis zum Jahr 2010 noch war. Ob diese Entwicklung als positiv oder negativ zu bewerten ist, wird sich wohl erst in der Zukunft zeigen.

### **III. Griechenlands Beziehungen zu Frankreich**

Frankreichs neuer Präsident, der „neue Posterboy des Liberalismus“, wie ihn die *New York Times* einst etwas provokant nannte, ist in der Tat kein Mann der kleinen Gesten. Ganz im Gegenteil: Emmanuel Macron hat eine Schwäche für große Symbole, für Reden, die zu Herzen gehen, und für Bilder, die sich fest einprägen. In einem Punkt war man sich bisher einig: Wenn es ihm nicht gelingt, wieder neuen Enthusiasmus bei den Europäern zu wecken, dann schafft es

---

<sup>9</sup> Vgl. Papaconstantinou, George, *Game Over: The Inside Story of the Greek Crisis*, 1. Aufl., Athen 2016, S. 12.

wohl so schnell kein anderer europäischer Staats- und Regierungschef. Er inszeniert sich gern als Kontrapunkt zu Angela Merkel und deren rigide Sparpolitik und erweckt nicht den Eindruck, als ob er vorhabe, nur die Assistentenrolle bei der Verwaltung Europas einzunehmen. Macron agiert auf Augenhöhe – und im Gegensatz zu den Deutschen sind die Franzosen in Griechenland weiterhin beliebt. Es überwiegt die Hoffnung, Emmanuel Macron könnte ein ausreichendes Gegengewicht zur „strengen“ Angela Merkel sein. Zugegebenermaßen fühlen sich die Griechen traditionell mehr zum französischen Teil der deutsch-französischen Achse hingezogen – die „griechisch-französische Allianz“ ist in Griechenland seit Jahrzehnten ein feststehender Begriff, eine strategische Beziehung mit oft überlappenden Ansichten in europäischen Angelegenheiten. Frankreich selbst verstößt schon seit Jahren gegen die Euro-Stabilitätskriterien und befürwortete – im Gegensatz zu anderen EU-Staaten wie Deutschland, Finnland und Österreich – Schuldenerleichterungen für Griechenland sowie einen Verbleib des „Sorgenkindes“ in der Eurozone. Es herrscht die Ansicht, dass ohne eine solche Zusage die griechische Regierung nicht in der Lage wäre, die von den Geldgebern verlangten Sparbeschlüsse erfolgreich durch das Parlament zu bringen.

Anfang September 2017 wollte Macron den Europäern ein weiteres starkes Bild der Selbstvergewisserung geben: Bei seinem Staatsbesuch in der griechischen Hauptstadt, der Wiege der westlichen Zivilisation, beschwor Macron die Werte der Demokratie und der europäischen Idee und rief zu einer „Neugründung Europas“ auf. Die Europäer stünden demnach vor einer wichtigen Wahl: entweder so tun, als ob nichts passiert wäre, oder Europa durch eine „radikale Grundsatzkritik“ neu zu erfinden. Gleichzeitig wiederholte der Staatspräsident Frankreichs als überzeugter Proeuropäer seine Forderung nach einem eigenen Budget für die Eurozone, einem eigenen EU-Finanzminister und einer europäischen Regierung, die über die Verteilung des Budgets entscheidet und damit auch demokratisch kontrolliert. Er bezeichnete die Griechenland-Krise als „Krise Europas und der Demokratie“, die letztlich zu einem gegenseitigen Vertrauensverlust geführt habe.<sup>10</sup> In Bezug auf Deutschland betonte er (wie auch einige Tage später, Ende September 2017 bei seiner Rede an der Universität Sorbonne in Paris<sup>11</sup>), die Bundesrepublik sei nach wie vor ein äußerst wichtiger Partner für Frankreich, könne den Kurs aber nicht mehr allein vorgeben. Außerdem kritisierte Macron die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) während der Griechenland-Krise ungewohnt deutlich. Sein Besuch in Athen war schließlich weit mehr als nur ein reiner Sympathiebeweis. Emmanuel Macron forderte

---

<sup>10</sup> Die gesamte Rede von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron in Athen ist abrufbar unter: Französische Botschaft, <https://de.ambafrance.org/Staatspraesident-Macron-in-Athen-Vorschlaege-fur-eine-Neugruendung-Europas> (letzter Zugriff: 06.11.2017).

<sup>11</sup> Vgl. Macron, Emmanuel, Initiative for Europe: A sovereign, united, democratic Europe, 26.09.2017, abrufbar unter: <http://www.elysee.fr/assets/Initiative-for-Europe-a-sovereign-united-democratic-Europe-Emmanuel-Macron.pdf> (letzter Zugriff: 06.11.2017).

alle Europäer auf, offen zu debattieren und mitzuentcheiden, wie die EU in Zukunft aussehen könnte bzw. aussehen sollte. Sozusagen eine Vision von *En Marche*, die sich von Frankreich auf ganz Europa erstreckt. Macrons Reise wurde auch als Zeichen des Vertrauens hinsichtlich der griechischen Wirtschaft empfunden, die – wie bereits erwähnt – gerade einen zaghaften Aufschwung erlebt. Seiner Ansicht nach ist der Neustart Griechenlands eng mit dem Neustart der Eurozone verknüpft. Macron hat Investitionen versprochen – und das französische Interesse am Tourismus und der Energiewirtschaft ist durchaus vorhanden: Der Energiekonzern „Total“ fördert mit einem Konsortium Öl und Gas im Ionischen Meer; der Mischkonzern „Suez“ hat ein Auge auf die Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki geworfen – und ein internationales Konsortium unter französischer Beteiligung hat erst kürzlich die Rechte am zweitgrößten griechischen Hafen in Thessaloniki übernommen. Paris wird von den Griechen, im Gegensatz zu Berlin, weiterhin als wohlwollender Investor wahrgenommen. So wurde Macrons Besuch in der griechischen Hauptstadt insbesondere durch Medien und in Regierungskreisen als Bestätigung der Wirtschaftswende in Richtung Wachstum empfunden.

#### **IV. Griechenlands Beziehungen zu Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland ist der EU-Mitgliedstaat, welcher von Anfang an am engsten mit Griechenland und der Krise in Verbindung gebracht wurde, vor allem aufgrund seiner Rolle als wichtiger Kreditgeber. Für die überwältigende Mehrheit der Griechen sind die deutsche Führungsrolle sowie der Sonderstatus des Landes innerhalb der EU jedoch unerwünscht und werden oftmals sogar als Diktat aufgefasst. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren auch in der Vergangenheit des Öfteren angespannt; heutzutage werden immer wieder Stimmen laut, die behaupten, Deutschland verdiene im Rahmen der Griechenland-Krise beachtliche Geldsummen. Das liege an den Zinsen, welche die Griechen zu zahlen haben, auch auf Kredite, die ihnen von Berlin als Krisenhilfe zugestanden wurden. Deutschland und andere europäische Staaten gewährten Griechenland in einer Zeit Kredite, in der das Land kurz vor der Pleite stand und die Märkte ihm kaum mehr Geld leihen wollten. Sie taten es dennoch, und zwar zu günstigeren Konditionen. Diejenigen Kredite, die Deutschland den Griechen direkt oder indirekt über den sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus gewährt hat, haben außerdem extrem lange Laufzeiten, teilweise sogar bis über das Jahr 2050 hinaus. Doch selbst wenn Berlin dadurch tatsächlich von keinen hohen Gewinnen profitieren konnte, gewonnen hat man trotzdem, wenn auch „nur“ in einer abstrakteren Art und Weise, nämlich in Gestalt der Sicherheit im Sinne eines stabilen Euro.

Der Schuldenstand Griechenlands liegt bei rund 180 Prozent des BIP und damit weit jenseits einer Höhe, die unter Ökonomen und Finanzpolitikern als tragfähig für das Land angesehen wird. Die griechische Regierung verlangt einen weiteren Schuldenschnitt, und im Laufe des Jahres 2018 soll erneut darüber diskutiert werden. Die deutsche Regierung beharrt zwar auf einer Beteiligung des IWF am Kreditprogramm, schließt jedoch die vom IWF geforderten Schuldenerleichterungen bislang aus. Nichtsdestotrotz ist das Verhältnis der beiden Länder zueinander nicht ausschließlich auf Fragen zum Thema „Schulden und Finanzen“ beschränkt. Kunst, Kultur und vor allem der Tourismus verbinden Berlin und Athen schon seit vielen Jahren. Derzeit führt Deutschland die Gruppe der Griechenland-Urlauber mit mehr als drei Millionen jährlich an<sup>12</sup> – aber auch umgekehrt gibt es, etwas Beeindruckendes zu berichten: Der Großteil der jungen Griechen wandert seit Beginn der Krise vor allem nach Deutschland aus, um sich dort eine bessere Zukunft aufzubauen. Somit hat die griechische Diaspora in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit den Sechziger- und Siebzigerjahren zahlenmäßig wieder erstaunlich zugenommen.

Auf politischer Ebene ist der deutsche Blick auf das krisengeplagte Land inzwischen auch etwas milder geworden, denn schließlich hat die Bundesrepublik ein vitales Interesse an einer erfolgreichen europäischen Integration.<sup>13</sup> Durch die Machtverschiebung innerhalb der EU in den letzten Jahren und dem daraus resultierenden Machtzuwachs für die Bundesrepublik ist zu erwarten, dass das Erstarren historischer Ressentiments gegenüber Deutschland politisch noch größeren Widerhall finden wird.<sup>14</sup> Sein dritter Staatsbesuch – nach Paris und Straßburg – führte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier daher auch in die griechische Hauptstadt. Damit wollte Berlin Signale der Stabilität und Wertschätzung senden und Kunst zur Brücke über politische und wirtschaftliche Verwerfungen machen. In Athen sprach Steinmeier mit dem griechischen Präsidenten Prokopis Pavlopoulos u. a. über die Zukunft der EU und über Griechenlands erhebliche Bedeutung für eine erfolgreiche Bewältigung der Flüchtlingskrise. Anders als sein Amtsvorgänger Joachim Gauck stellte Steinmeier seinerseits klar: Die immer wieder aufkommende Frage nach Weltkriegsreparationen sei für Deutschland erledigt; eine Tatsache, die zukünftig mit hoher Wahrscheinlichkeit zu zusätzlichen Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern führen wird.

---

<sup>12</sup> Vgl. SETE Intelligence, Statistical Bulletin No. 36–December 2017, SETE Institute, Athens, abrufbar unter: [http://www.insete.gr/Portals/0/statistics/statistiko-deltio-12-2017\\_EN.pdf](http://www.insete.gr/Portals/0/statistics/statistiko-deltio-12-2017_EN.pdf), S. 17 (letzter Zugriff: 08.11.2017).

<sup>13</sup> Vgl. Lippert, Barbara, Germany and European Integration: Keeping Together While Moving Forward, 05.06.2017, Scottish Centre on European Relations, abrufbar unter: <https://www.scer.scot/database/ident-2350> (letzter Zugriff: 07.11.2017).

<sup>14</sup> Vgl. Brozus, Lars, Machtverschiebungen in der EU: wie Deutschland ein „guter Hegemon“ bleibt, Kurz gesagt, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 31.10.2013, abrufbar unter: <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/machtverschiebungen-in-der-eu-wie-deutschland-ein-guter-hegemon-bleibt/> (letzter Zugriff: 08.11.2017).

## V. Schlussfolgerung und Handlungsempfehlungen

Das „Land der Hellenen“ ist zweifellos ein Land mit enormem Potenzial, doch es wird seit Jahren hauptsächlich aufgrund des nach wie vor aufgeblähten Staatsapparates, der Vetternwirtschaft, der überbordenden Bürokratie und der Steuerflucht in seiner Weiterentwicklung gelähmt. Notwendige Reformen sind meist inadäquat oder werden ineffizient implementiert. Griechenland ist außerdem ein Land der großen Widersprüche: Trotz der andauernden Krise gehört das hoch verschuldete Land – zusammen mit Estland – zu den zwei EU-Ländern, die mehr als zwei Prozent des BIP für ihr Militär ausgeben und somit auch das von der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) vorgegebene Zwei-Prozent-Ziel erreichen. Die konstant hohen Verteidigungsausgaben werden hauptsächlich mit Blick auf die Türkei begründet, die in Griechenland als größte regionale Sicherheitsbedrohung perzipiert wird, vor allem aufgrund der seit dem Jahr 1974 andauernden türkischen Besetzung Nordzyperns und der Territorialstreitigkeiten in der Ägäis, welche die bilateralen Beziehungen schon seit Jahren belasten.

Auf nationaler Ebene wären für Griechenland daher folgende Punkte zu beachten:

- eine radikale Verbesserung des wirtschaftlichen und geschäftlichen Umfeldes, um dadurch für (ausländisches) Investitionskapital und neue Technologien wieder an Attraktivität zu gewinnen;
- das Vorantreiben umgehender und nachhaltiger Lösungen für Probleme, die mit der Leistungsfähigkeit und Integrität des öffentlichen Sektors in Verbindung stehen;
- das Erkennen der Notwendigkeit für weitere tief greifende administrative Reformen ebenso wie ein Auflockern der Sparmaßnahmen, damit das Land zu Kreditwürdigkeit zurückkehren kann;
- das Herausarbeiten von praktischen und zeitsparenden Lösungen, um die Modernisierung der Infrastruktur des Landes ebenfalls erfolgreich voranzutreiben.

Um jedoch all die erforderlichen Reformen glaubwürdig umzusetzen, müssten diese von der griechischen Regierung selbst eronnen werden, welche letztendlich auch die volle politische Verantwortung für deren Umsetzung tragen sollte – im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise während der Krise, in der Griechenland meist vorgab, durch die Vorgaben der Geldgeber zum Handeln gezwungen zu sein.



Auf internationaler Ebene könnte Griechenland in erster Linie aufgrund seiner besonderen geografischen Lage (in unmittelbarer Nähe der entstehenden Migrationsströme sowie als direkter Nachbar der Türkei) als ein wichtiger Stabilitätsanker in der Region fungieren.

Um es auf den Punkt zu bringen: Griechenland kann sich im Moment keine allzu lange Atempause leisten, da sich das Land nicht nur weiterhin in einer finanziellen Krise, sondern nunmehr auch mitten in einer humanitären Krise befindet – mit einer Regierung, die bei den Reformen schwächelt und bislang kein nachhaltig funktionierendes Renten- und Sozialsystem aufbauen konnte. Somit ist auch der Premierminister und einstige Hoffnungsträger Alexis Tsipras, der vormals frischen Wind in Griechenlands politisches Leben brachte, indem er einen Bruch mit dem bisherigen System in Aussicht stellte, für viele seiner früheren Wähler(innen) zur Enttäuschung geworden. Was Tsipras und seine SYRIZA-Regierung im Grunde genommen bewirkt haben, ist Folgendes: einen noch größeren Teil der griechischen Bevölkerung vom politischen System und auch von der EU zu entfremden. Es liegt daher sowohl am deutsch-französischen Tandem als auch an Griechenland, das Vertrauen der griechischen Bürger(innen) in das europäische Integrationsprojekt so bald wie möglich wiederherzustellen und den oft kontraproduktiven Entwicklungen der vergangenen Jahre konsequent entgegenzuwirken, um wieder einen optimistischeren Blick in die Zukunft werfen zu können. Letztendlich war es Griechenland, welches Anfang 2015 den Startschuss für (politische) Besorgnis innerhalb Deutschlands und auch der gesamten EU gab, indem es eine Art Kulturbruch mit seiner politischen Vergangenheit herbeiführte und eine Regierungskoalition hervorbrachte, die sich aus einer linksextremen (SYRIZA) und einer rechtspopulistischen Partei („Unabhängige Griechen“, abgekürzt: ANEL) zusammensetzt, welche bis heute das Land regiert.

Vor dem skizzierten Hintergrund gilt es, in erster Linie eins zu betonen: Selbst wenn Griechenland in der Zwischenzeit nicht mehr so häufig in den Schlagzeilen steht wie noch vor ein oder zwei Jahren, bleiben die Probleme des Landes nach wie vor bestehen und werden die EU mit hoher Wahrscheinlichkeit noch eine ganze Zeit lang beschäftigen. Europa konnte zwar eine größere Katastrophe verhindern (Stichwort „Grexit“, Kollaps der gemeinsamen Währung usw.), jedoch Griechenland nicht erfolgreich retten – zumindest noch nicht.

(Letzte Textaktualisierung: 29.01.2018)